

MONATSBERICHT MÄRZ 2008

Sport	2
Neues aus den Institutionen	2
1. Europäisches Parlament – Bericht zum Weißbuch Sport	2
2. Informelles Sportministertreffen mit Vertretern der Nationalen Olympischen Komitees	3
3. Europäisches Parlament – Olympische Spiele und Tibet	4
Rechtliche Fragen	5
4. EuGH – Anwendbarkeit des EU-Wettbewerbsrechts auf den Sport	5
5. EuGH – Veröffentlichung der Rechtsprechungsstatistiken 2007	6
Förderprogramme	7
6. Aufruf im Gesundheitsprogramm 2008-13	7
7. EU-Projekt – "Experts meet" in Potsdam	8

Sport

Neues aus den Institutionen

1. Europäisches Parlament – Bericht zum Weißbuch Sport

Das Europäische Parlament (EP) hat am 01. April im dafür zuständigen CULT-Ausschuss über die Änderungsanträge zum EP-Bericht Weißbuch Sport abgestimmt. Der Bericht wird voraussichtlich am 7. Mai im Plenum angenommen werden.

Sport braucht mehr Rechtssicherheit

Der Bericht betont die Bedeutung der Anerkennung des Sports als Politikbereich im EU-Reformvertrag und soll als Richtschnur für künftige europäische Initiativen im Bereich Sport dienen. Die Abgeordneten fordern die Europäische Kommission (EK) auf, die Spezifität des Sports zu respektieren und klare Richtlinien zu entwerfen, wie EU-Recht auf den Sport anzuwenden ist. Angesichts des Reformvertrags, der unterstützende Maßnahmen im Bereich Sport vorsieht, verlangen die Abgeordneten eine spezielle Sport-Budgetlinie bereits für 2009.

Selbstregulierung des Sports

Die Abgeordneten haben der EK zugestimmt, dass die meisten Herausforderungen in diesem Bereich durch Selbstregulierung unter Einhaltung des Gemeinschaftsrechts bewältigt werden können. Sie sind überzeugt, dass ein strukturierter Dialog zwischen der EK und der Sportbewegung wesentlich ist, um mehr Rechtssicherheit schaffen und die Autonomie von Sportorganisationen besser respektieren zu können.

Breitensport und die mögliche Deregulierung des Glücksspielmarktes

Der Bericht äußert Bedenken über die mögliche Deregulierung der Lotterien und des Glücksspielmarktes, weil dadurch die finanzielle Unterstützung und der soziale Auftrag, die dem Sport und insbesondere dem Amateursport zugute kommen, begrenzt werden könnten.

Ferner wurden auch Aspekte wie der Kampf gegen Doping, die Sportvermarktung und der Spielerhandel diskutiert.

Das EU-Büro wird nach Annahme des Berichts im Plenum eine umfassende Bewertung vornehmen.

2. Informelles Sportministertreffen mit Vertretern der Nationalen Olympischen Komitees

Am 17. März kam es unter slowenischer EU-Ratspräsidentschaft zu einem historischen Treffen zwischen Sport und Politik. Im Rahmen ihres informellen Sportministertreffens diskutierten die Minister erstmals gemeinsam mit den Präsidenten der Nationalen Olympischen Komitees, Repräsentanten des Europäischen Olympischen Komitees und mit EU-Kommissar Jan Figel'.

Der Präsident des Europäischen Olympischen Komitees, Patrick Hickey, betonte die Bedeutung dieses strukturierten Dialogs. Mit Hinweis auf das sich gerade in der parlamentarischen Beratung befindliche Weißbuch Sport untermauerte er die Bereitschaft der olympischen Bewegung, an dessen Umsetzung mitzuwirken. Gleichzeitig machte er deutlich, dass er von der Europäischen Kommission (EK) eine frühzeitige Einbindung in geplante Aktivitäten erwarte. In diesem Zusammenhang wies er auf die 2007 geschaffene Arbeitsgruppe zum Weißbuch Sport hin, der Vertreter der Mitgliedsstaaten und der EK angehören, während Repräsentanten des Sports außen vor bleiben und Informationen über die Ergebnisse der Treffen nur unzureichend verbreitet werden.

Aus Sicht der olympischen Bewegung besteht dringender Handlungsbedarf, Fragen der Autonomie und Spezifität des Sports zu regeln. Unterstützung erhielten die Sportorganisationen von Luxemburgs Sportminister Krecké, der die EK aufforderte, an einem konkreten Katalog sportspezifischer Regelungen mitzuarbeiten. Sonst würde der noch existierende Gestaltungsspielraum ganz dem Europäischen Gerichtshof überlassen.

Eine langfristig tragfähige Finanzierung des europäischen Sports wurde ebenfalls thematisiert. Mit Interesse verfolgt das EOC die zwei von der kommenden französischen Ratspräsidentschaft und der EK geplanten Studien zu dieser Thematik. Insbesondere die hohe Abhängigkeit des Sports von Rückflüssen aus dem Lotterie- und Glücksspielsektor wird als problematisch angesehen, zumal die derzeit existierenden staatlichen Monopole zunehmend unter Druck geraten. Kommissar Figel' bewertete die Herausnahme des Glücksspiels aus der Dienstleistungsrichtlinie als großen Fehler, da dadurch die Chance vertan wurde, mehr Rechtssicherheit zu schaffen.

In der gemeinsamen Erklärung unter dem Titel „Soziale Bedeutung und Dialog im Sport“ unterstrichen alle Beteiligten die hohe gesellschaftliche, soziale und integrative Rolle des Sports und verabredeten, den strukturierten Dialog auch unter französischer Ratspräsidentschaft fortzusetzen.



http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/download_docs/March/0316_EYC_sport/050Declaration.pdf

3. Europäisches Parlament – Olympische Spiele und Tibet

Am 26. März hat sich das Europäische Parlament (EP) im Rahmen seiner Plenarsitzung mit dem Themenkomplex Olympische Spiele in China und Menschenrechtssituation in Tibet auseinandergesetzt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, brachte das EP Verständnis für die schwierige Rolle des Sports auf, der nicht als Mittel der Politik missbraucht werden will.

Der Präsident des EP Hans-Gert Pöttering forderte ebenso wie der Vertreter der slowenischen Ratspräsidentschaft Janez Lenarcic alle Beteiligten auf, die Gewalt zu beenden und zu einem konstruktiven Dialog zurückzukehren.

Die für Außenbeziehungen zuständige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner unterstütze die Auffassung des IOC, dass die Olympischen Spiele per se keine politische Veranstaltung seien. Sie rief dazu auf, die Spiele im olympischen Geist auszutragen und Redefreiheit und Pressefreiheit gleichermaßen zu gewährleisten.

Die Diskussion zwischen den Abgeordneten lässt sich in dem Sinne zusammenfassen, dass Boykottmaßnahmen im Hinblick auf die Austragung der Olympischen Spiele von keiner politischen Fraktion gefordert wurden. Allerdings gab es eine hohe Unterstützung für gezielte Aktionen im Rahmen der Eröffnungsfeier bzw. Aufrufe an die politische Führung der Mitgliedsstaaten auf die Teilnahme an der Eröffnungsfeier zu verzichten.

Am 10. April wird das EP im Rahmen seiner Plenartagung eine Resolution zu Tibet annehmen, deren genauer Wortlaut in diesen Tagen zwischen den Fraktionen ausgehandelt wird.

Darüber hinaus plant die China-Delegation des EP Mitte April eine Sondersitzung in der das weitere Vorgehen des Parlaments diskutiert werden soll.



http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/004-24808-086-03-13-901-20080326IPR24807-26-03-2008-2008-true/default_en.htm

Rechtliche Fragen

4. EuGH – Anwendbarkeit des EU-Wettbewerbsrechts auf den Sport

Die Generalanwältin Juliane Kokott veröffentlichte am 06. März die Schlussanträge im Fall MOTOE, einer Streitsache zwischen einer unabhängigen griechischen Motorradsportorganisation (MOTOE) und dem Griechischen Automobil- und Reiseclub (ELPA), offizieller Vertreter des Internationalen Motorradverbands (FIM) in Griechenland.

Hintergrund: Im Jahr 2000 beantragte MOTOE beim griechischen Ministerium für öffentliche Ordnung die Erteilung einer Genehmigung zur Durchführung einer Reihe von Motorradrennen. In Griechenland werden solche Genehmigungen durch die ETHEAM, der nationalen Kommission für Motorradrennen, erteilt, die der Kontrolle der ELPA unterliegt. Da das erforderliche Einverständnis von ELPA bzw. ETHEAM nicht eintraf, erhob MOTOE bei einem griechischen Gericht Klage auf Schadensersatz. MOTOE machte geltend, Art. 49 des Straßenverkehrsgesetzes verstoße gegen den in der griechischen Verfassung enthaltenen Grundsatz der Unparteilichkeit der Verwaltungsbehörden sowie gegen Art. 82 EGV und 86 EGV.

Nun liegt es beim EUGH zu entscheiden, ob Artikel 49 des griechischen Straßenverkehrsgesetzes mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar ist.

Der Generalanwältin zufolge „*wird eine Verweigerung des Einverständnisses [von Seiten der ELPA] dann missbräuchlich, wenn sie keine objektive Rechtfertigung in den Belangen des Sports findet, sondern willkürlich zur Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen eingesetzt wird, zum Nachteil anderer Anbieter, die Motorradrennen auf eigene Verantwortung organisieren und vor allem vermarkten möchten.*“ (Punkt 96).

Die Generalanwältin schließt daraus, dass „*die Art. 82 EGV und 86 EGV einer Regelung wie Art. 49 des griechischen Straßenverkehrsgesetzes entgegenstehen, wonach einem Verein ohne Erwerbszweck, der selbst Motorradrennen organisiert und vermarktet, zugleich ein exklusives Mitentscheidungsrecht bei der behördlichen Genehmigung solcher Rennen eingeräumt wird, wobei er sein Einverständnis verweigern kann, ohne insoweit Beschränkungen, Bindungen und Kontrollen zu unterliegen.*“ (Punkt 112).

Im Herbst 2008 wird der EUGH zu einer Entscheidung kommen müssen. In etwa 80 % der Fälle folgt er der Richtungsweisung der Generalanwälte.



<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62007C0049:DE:HTML>

5. EuGH – Veröffentlichung der Rechtssprechungsstatistiken 2007

Aufgrund des Beitritts der Republiken Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union am 1. Januar 2007, sitzen dem Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz nun 27 Richter vor.

Gerichtshof

Die Rechtssprechungsstatistiken des Gerichtshofes für 2007 zeigen, im vierten Jahr in Folge, eine deutliche Verkürzung der Verfahrensdauer vor dem Gerichtshof. So betrug beispielsweise die durchschnittliche Verfahrensdauer im Jahr 2007 19,3 Monate, während sie 2004 noch bei 23,5 Monaten gelegen hatte. Der Gerichtshof hat im Jahr 2007 551 Rechtssachen abgeschlossen. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2006 503 Rechtssachen. 2007 gingen beim Gerichtshof 580 neue Rechtssachen ein, was die höchste Zahl in der Geschichte des Gerichtshofs und eine Zunahme um 8 % gegenüber den 2006 bzw. 22,3 % gegenüber den 2005 neu eingegangenen Rechtssachen darstellt.

Gericht erster Instanz

Im Jahr 2007 sind 522 Rechtssachen neu eingegangen, was gegenüber 2006 (432) eine erhebliche Steigerung bedeutet. Die Zahl der erledigten Rechtssachen ging hingegen zurück (397 in 2007 gegenüber 436 in 2006). Folglich ist die Zahl der anhängigen Rechtssachen gestiegen. Dadurch besteht die Gefahr einer Verlängerung der Verfahrensdauer, während sich im Vergleich dazu die Verfahrensdauer beim Gerichtshof verkürzt hat. Das Gericht erster Instanz hat deshalb eine Reform eingeleitet, um diese Angelegenheit zu bewältigen.



<http://curia.europa.eu/en/transitpage.htm>

Förderprogramme

6. Aufruf im Gesundheitsprogramm 2008–13

Das zweite Aktionsprogramm der Europäischen Union im Bereich Gesundheit für die Jahre 2008–2013 ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Jetzt hat die EU-Kommission die Ausschreibungsbedingungen veröffentlicht und die Antragsfrist für Projektvorschläge auf den 23. Mai 2008 festgelegt.

Ziel des neuen Gesundheitsprogramms ist es, die Ergänzung, Unterstützung und Intensivierung der politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Gesundheit zu ermöglichen und auf diese Weise einen Beitrag zu mehr Solidarität und größerem Wohlstand in der EU zu leisten. Durch die im Weißbuch Sport akzeptierte besondere Rolle des Sports im Bereich der Gesundheitsprävention kann davon ausgegangen werden, dass sportrelevante Projekte eine höhere Chance auf Förderung besitzen als in der Vergangenheit.

Im Detail verfolgt das Aktionsprogramm folgende Ziele:

- besserer Gesundheitsschutz der Bürger
- Gesundheitsförderung, einschließlich des Abbaus von Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung
- Schaffung und Verbreitung von gesundheitlichen Informationen und Kenntnissen

Jedes Projekt sollte einen hohen europäischen Bezug aufweisen und eine Laufzeit von drei Jahren nicht überschreiten. Antragsteller sollten darauf achten, dass identische Projekte nicht bereits im abgelaufenen Gesundheitsprogramm gefördert worden sind. Eine Liste der bisher veröffentlichten Projekte ist im Internet abrufbar.



<http://ec.europa.eu/phea>

Die Finanzierung folgt dem geteilten Kostendeckungsprinzip. 60 % der Kosten, die zur Verwirklichung eines Programmziels beitragen, werden von der Finanzierungshilfe getragen.



http://ec.europa.eu/phea/calls/call_for_proposals_en.html

7. EU-Projekt – "Experts meet" in Potsdam

In Potsdam nahmen von 5. bis 8. März Vertreter/innen aus England, Finnland, Schweden, Estland, Deutschland und Österreich an einem von der EU geförderten Contact Making-Seminar teil.

Unter der Organisation und Leitung der Sportjugend Brandenburg wurden im Seminar Erfolgsprojekte der jeweiligen Delegationen vorgestellt. Helmut BAUDIS, der Vertreter der österreichischen Dachsportorganisation ASKÖ, präsentierte unter anderem die EU-Projekte „ARCTOS“, „No Drugs! Play Fair!“ und die Gastgeber aus Deutschland brachten den Anwesenden ihr Erfolgsprojekt „Straßenfußball für Toleranz“ näher, bei dem Straßenfußball mit einer eigenen Fair Play-Regelung gespielt wird. Dieses neue Modell findet auch im Rahmen des Euroschoolcups 2008 in Österreich Anwendung.

Neben den Präsentationen der einzelnen Organisationen tauschten die Teilnehmer/innen ihre EU-Erfahrungen aus, die vor allem die Programme „Youth in Action“ und „Lifelong Learning“ betrafen. Gemeinsam wurden Projektideen wie „Sport-orientierte Kindergärten“, „Ehrenamtliches Engagement im Sport“ und „Das Sport-Weißuch. Und was Jugendliche dazu denken.“. Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit anlässlich des diesjährigen Seminars ist ein gemeinsames Projekt zum EU-Thema 2009, Kreativität & Innovation, geplant.